

Provenienzforschung im Nordwesten

Konferenz im Museumsdorf Cloppenburg, 15. März 2016

Im Jahre 1957 fragte der Hannoveraner Historiker Wilhelm Treue in seinem Buch "Kunstraub", ob es sich bei den nationalsozialistischen Beutezügen nicht ganz einfach "um Plünderung und um eine absichtliche Erniedrigung der Unterworfenen" oder wie bei Hermann Göring um "Formen des Diebstahls für die eigene Person" gehandelt habe. Kaum mehr als zehn Jahre nach Kriegsende stand dies Geschehen noch lebhaft in der öffentlichen Diskussion. Rückerstattungsforderungen von Einzelpersonen, Interessenvertretungen der Opfer oder Nachfahren, ebenso wie Nachfolgeeinrichtungen von politischen und kirchlichen Organisationen stellten das ganze Ausmaß von Verfolgung, Raub und Enteignung vor Augen, das zum Wesen nationalsozialistischer Herrschaft gehörte und alle von ihr bestimmten Zweige durchdrungen hatte. Man sollte meinen, dass auf dieser Grundlage eine weitgehende Klarheit über Perfidie und Perfektion der sich über ganz Europa erstreckenden nationalsozialistischen Raubmaschinerie entstanden wäre. Doch dieser Impuls versiegte rasch in den Händen der bundesrepublikanischen Einrichtungen und ihrer Amtsträger, deren Karrieregrundlagen noch zu erheblichen Teilen in der Zeit vor 1945 gelegt worden waren.

Neue Einblicke in Archive und Sammlungen nach dem Ende des Kalten Krieges, spektakuläre Einzelfälle wie etwa der Prozess um Edgar Degas' "Landschaft mit Schornsteinen", aber auch die Einsicht in die Existenz umfangreicher Konten und Golddepots bei Schweizer Banken rückten den Raub vor allem jüdischen Eigentums in den 1990er Jahren erneut in den Fokus öffentlicher Diskussionen. Sie mündeten für den Museumsbereich in die "Washington Principles on Nazi Confiscated Art", die am 3. Dezember 1998 auch von Deutschland unterzeichnet wurden. Diese "Principles" enthielten die Selbstverpflichtung aller Beteiligten, alles zur Identifizierung und Rückgabe der von den Nationalsozialisten konfiszierten Kulturgüter zu unternehmen, Archive der Einrichtungen für die Recherche zu öffnen und faire Übereinkünfte mit den Nachfahren früherer Besitzer herbeizuführen. Ein seit mehr als anderthalb Jahrzehnten andauernder Prozess der "Provenienzforschung" wurde eingeleitet, an dem sich zunächst vor allem die großen Kunstmuseen, bald aber auch andere Einrichtungen mit kulturhistorischen Beständen beteiligten.

Seit einigen Jahren richtet sich nun der Blick über den Kunstbesitz hinaus auch auf die anderen Bereiche geraubten Kulturguts, auf Bücher, Möbel, kunstgewerbliche Objekte, auf Geschirr und Besteck, schließlich auch auf Alltagsgegenstände im weitesten Sinne. Geraubt wurde alles und jedes, unter anderem bei der berüchtigten "M-Aktion" des Einsatzstabs Rosenberg, die allein in den Niederlanden die Plünderung von 29.000 jüdischen Haushalten organisierte und deren Inhalt, zunächst von einer "Hausraterfassungsstelle" sorgfältig verzeichnet, schließlich durch Parteieinrichtungen gewinnbringend landauf landab in Deutschland zum Verkauf brachte. Der Horizont der Provenienzrecherche beschränkt sich damit nicht mehr auf die "höherwertigen" Kulturgüter, sondern muss sich von der Einsicht leiten lassen, dass die Sammlungstätigkeit insbesondere kulturgeschichtlich orientierter Einrichtungen sich seinerzeit in einem Umfeld großer raub- und enteignungsbedingter Objektströme vollzog. Kultureinrichtungen kamen je nach Position und Funktion im nationalsozialistischen Gefüge in unterschiedlichster Form mit diesem Material in Berührung: als Gutachter, als Sammler, als Leihnehmer oder als Ankäufer.

Bei alledem wird zunehmend deutlich, dass es nicht nur hinsichtlich der einzelnen Museen und

ihrer Sammlungen große Unterschiede beim Recherchebedarf und den entsprechenden Strategien des Vorgehens gibt; auch die jeweilige Sammlungsgeschichte entscheidet mit über die Wahl der geeigneten Instrumente der Provenienzermittlung. Und die hier von den Museen durchgeführte Recherchearbeit geschieht gleichsam stellvertretend zur Aufklärung von Prozessen und enteignungsbedingten Güterströmen, die die gesamte deutsche Gesellschaft erreicht und durchzogen haben. Sie ist aktive Erinnerungsarbeit und zugleich eine längst überfällige Klärung der Herkunft musealer Sammlungsobjekte. Dazu wird auch die Frage gehören, wie insbesondere mit den Alltagsobjekten umzugehen ist, die in großer Zahl ins Land und zum Teil eben auch - über Familiennachlässe möglicherweise noch weit nach 1945 - in Museen gekommen sind. Bei ihnen, meistens nur mit sehr allgemeinen Bezeichnungen aufgeführt und inventarisiert, wird sich in der übergroßen Zahl der Fälle kein Weg der Restituierung finden lassen.

Die große Zahl von Provenienzforschungsprojekten aus dem Nordwesten Deutschlands, die sich während der Cloppenburger Konferenz am 15. März 2016 in Workshops vorstellen, spiegelt diesen breiten Horizont der Aufklärung über Herkunft und Zusammenhang kulturhistorischer Sammlungen. Er reicht von Objekten enteigneter und vertriebener jüdischer Bürger in städtischen und staatlichen Museen über Raubgut in Bibliotheksbeständen bis hin zur Frage nach verzeichnetem und unverzeichnetem Alltagsgut in kulturhistorischen Museen. Dort, wo ethnologische Sammlungen wie im Übersee-Museum Bremen zur Sprache kommen, stehen bereits zukünftige Fragestellungen der Provenienzforschung vor Augen, die weit über die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit hinausreichen.